

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Dresden, A. Comp., Nr. 1288.

Hauspost: Dresdner Postamt, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 7,00 M., durch die Post monatlich 7,50 M., unter Anrechnung für Deutschland monatlich 10,00 M., Einzelnummer 40 Pf.

Schriftleitung: Dresdener Platz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Dresdener Platz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Kopierzeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3spaltige Kopierzeile 0,90 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen für Preisüberlegung 40 Pf.

Nr. 271

Dresden, Dienstag den 22. November 1921

32. Jahrg.

Wirtschaftsminister Felliich über die Kartoffelnot

Der Landtag bewilligt 50 Millionen für die Kartoffelversorgung

In der heutigen Sitzung des Landtages gab vor Eintritt in die Tagesordnung Wirtschaftsminister Felliich folgende Erklärung ab:

Die Kartoffelnot ist in Sachsen so groß geworden, daß sie die Ernährung und ganz besonders ihren ärmeren Teil auf eine unheimlich harte Probe und vor eine so schwere Notlage stellt, daß es eine Pflichtnahme von sozialer Einsicht bedarf, um diesen für den größten Teil des Volkes nur schwer erträglichen Zustand ohne ernüchternde Lehren für Ordnung und Allgemeinwohl zu überwinden. Die Staatsregierung wird dadurch vor eine so große Verantwortung gestellt, daß sie sich mit zu tragen vermag, wenn alle Schichten und Berufe des Volkes ihrem Teile beitragen helfen, die Veranschaulichung von Kartoffeln zu erleichtern, durch gegenseitige Aufklärung über die Schwierigkeiten der Versorgung darzulegen und vor allem daran, mit dafür Sorge zu tragen, daß die Kartoffeln, die das überbeherrschende Nahrungs- und Sättigungsmittel der ärmsten Menschen darstellen, im freien Markt- und Handelsverkehr nicht zu geschäftlichen Spekulationszwecken benutzt werden.

Schuld an diesen Zuständen ist die freie Wirtschaft und vor allem der Umstand, daß sich die Reichsregierung nicht entschlossen hat, den Höchstpreis für Kartoffeln für das ganze Reich festzusetzen, um über den Bucher wenigstens einzuwirken. Was es schon ein schlechteres für das Reich, die freie Wirtschaft einzuführen in derartigen Situationen, daß diese Umstände sein würde, hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen, so ist es eine noch weit größere und fast unversöhnliche Missetat, die den Preis für Kartoffeln auch jetzt noch freien Lauf zu lassen, nachdem die Notlage, die mit der freien Wirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu regeln und die Verbraucher vor der schwersten Mangelnot zu schützen, als eine erwiesene Tatsache und schwere wirtschaftliche Gefahr vor uns steht.

Das Heben eines Reichshöchstpreises für Kartoffeln gefährdet nicht die Wirtschaft, sondern auch die Kartoffelversorgung. Ein Höchstpreis hat zwar anerkennenswerten seine Wirkung, wenn er nicht als ein Teil des freien Marktes mit Kartoffeln anzuweisen. Freie Verträge. Jetzt erscheint kein praktischer Weg, jedoch zeitlich insofern als erwidert, als der größte Teil der Bevölkerung für den Speisebedarf zu erlangen den höchsten Kartoffeln tatsächlich den Ort der Erzeugung bereits verlassen ist. Der von der Reichsregierung beim Präsidenten etwa noch gerade Teil höchster Kartoffeln ist im Verhältnis zu der ungeheuren Nachfrage nach Kartoffeln für den Speisebedarf zu gering, daß selbst wenn diese Menge noch zum höchsten Höchstpreis erzielt wird, die allgemeine Versorgung des Kartoffelpreises zugunsten der Konsumenten wohl kaum mehr erreicht werden kann. Die höchsten Höchstpreise sind sogar überwindend der Meinung, daß die bei Anerkennung einer Höchsten guten Wirkung des höchsten Höchstpreises dieser von nun an insofern eine Gefahr darstellt, als er die Zufuhr von außerordentlichen Kartoffeln ungemein erschwert, ja fast unmöglich macht.

Die höchsten Höchstpreise haben sich deshalb beim Wirtschaftsministerium in entschiedener Weise für die sofortige Aufhebung des höchsten Höchstpreises eingesetzt. Auch einige namhafte Vertreter der höchsten Höchstpreises sind der gleichen Auffassung. Sogar die höchsten Höchstpreise sind der gleichen Auffassung. Sogar die höchsten Höchstpreise sind der gleichen Auffassung. Sogar die höchsten Höchstpreise sind der gleichen Auffassung.

Das Wirtschaftsministerium, nun ist bei dieser Angelegenheit in einer sehr schwierigen Situation, und es sind deshalb für den morgigen Tag Verhandlungen mit den Gewerkschaften der Verbraucher und den gewerkschaftlichen Organisationen in Aussicht genommen.

Das Wirtschaftsministerium stellt sich nicht für auf den Stand-

punkt, daß der höchste Höchstpreis unter allen Umständen auch jetzt noch weiter aufrechterhalten werden muß, zumal er von vornherein nur als eine vorübergehende Notmaßnahme gedacht war. Ausdrücklich geht die Entscheidung über Aufhebung oder Fortbestehen des Höchstpreises nicht vor allem der Umstand sein, daß außerhalb Sachsens bei dem Mangel von Höchstpreisbestimmungen in den anderen deutschen Bundesstaaten Kartoffeln unter 85 bis fast zu 100 M. pro Zentner beim Landwirt überhaupt nicht mehr zu haben sind, und die höchste Regierung einseitig vor der Wahl steht, entweder schleunigst diese Preise mit anzulegen oder sämtliche Großstädte Sachsen und auch besonders eine Anzahl ländliche Distrikte des oberen Erzgebirges vor eine katastrophale Kartoffelmangel zu stellen. Die Versorgungsgefahr und die dem Wirtschaftsministerium zufallende Verantwortung wird noch dadurch größer und schwerer, daß immerhin mit einer außerordentlich hohen Preiszahl gerechnet werden muß, so daß die Veranschaulichung der nötigen Kartoffelmengen das Ziel der allerersten Tage sein muß.

Die Staatsregierung wird deshalb auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums den Landtag in einer besonderen Vorlage ersuchen, dem Wirtschaftsministerium einen Kredit von 50.000.000 M. zur Verfügung von Kartoffeln zur Verfügung zu stellen.

Ich bitte den Landtag dringend, über diese Vorlage so rasch als möglich Entscheidung zu fassen, da jeder verlorene Tag ungemein schmerzhaft für die Kartoffelversorgung sein kann. Die Notwendigkeit dieses Kredites zu begründen behalte ich mir vor für den Tag, da die Vorlage zur Beratung im Landtage liegen wird. Schon heute will ich jedoch betonen, daß es sich dabei nicht um ein Lebensmittel, sondern um ein Lebensmittel handelt, das für den höchsten Höchstpreis zu zahlen ist, sondern um ein Lebensmittel, das für den höchsten Höchstpreis zu zahlen ist, sondern um ein Lebensmittel, das für den höchsten Höchstpreis zu zahlen ist.

An die Verbraucher richte ich die dringende Bitte, ihren berechtigten Unwillen nicht durch unbedachte Handlungsmittel Ausdruck zu verleihen, weil dadurch nicht der Zustand der Notwendigkeit herbeigeführt, ganz bestimmt jedoch die Versorgung vollständig gefährdet oder gar unmöglich gemacht würde. Das Wirtschaftsministerium wird nicht unterlassen, was in seinen Kräften steht, um für die Veranschaulichung von Kartoffeln zu sorgen. Es rechnet jedoch dabei auf die Einwirkung des Landtages.

(Den übrigen Sitzungsbericht finden unsere Leser auf der heutigen Dauplatzseite.)

Leuerungs-Unruhen

In Berlin ist es am Montag wieder zu neuen Plünderungen gekommen. In einer so reichen Stadt wie Berlin wird es immer leichtere Elemente geben, die stets zu Gewalttaten und Märdereien bereit sind. Es kann auch sein, daß bei den Berliner Unruhen kommunistische Wirrköpfe ihre Hand im Spiele haben, die immer noch glauben, die Welt durch wirtschaftliche Treibereien von allen Übeln befreien zu können. Aber jetzt täuscht wäre es, zu verfechten, daß der Boden für Leuerungs-Unruhen nur zu gut bereitet ist, und sich allenthalben der Wogen einer steigenden Erregung bemächtigt. Immer unerträglicher wird von Tag zu Tag das Verhältnis zwischen Lohnern und Gehältern auf der einen und den Kosten der Lebenshaltung auf der anderen Seite. Unter den Händen jerrint der Hausfrau das Geld, das ihr der Familienvater am Lohnstage nach Hause bringt. Innerhalb weniger Wochen haben sich die Preise vieler Nahrungsmittel verdoppelt oder gar verdreifacht. Nach bei größter Sparsamkeit ist es heute einem Arbeiter nicht mehr möglich, mit seinem Lohn seine Familie zu ernähren.

Trotzdem können natürlich Plünderungen nicht geduldet werden. Keine Regierung, die diesen Namen verdient, darf es sich gefallen lassen, daß Läden ausgeraubt werden. Zudem können wir jetzt in Deutschland nichts weniger brauchen als Unruhen und Plünderungen. Dadurch würde das Leben unter den Volksmassen leiden, nur noch verschlimmert werden. Das sowieso hart verringerte Vertrauen des Auslandes auf unsere wirtschaftliche Zukunft und unsere Zahlungsfähigkeit würde noch mehr erschüttert, der Wert unserer Mark noch weiter fallen und die Leuerung sich verschärfen. Aber es ist auch selbstverständlich, daß Regierungen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt ist, sich nicht damit begnügen können, die Polizei gegen Plünderer aufmarschieren zu lassen. Sowohl die Reichsregierung als auch die preussische Regierung haben sich eingehend mit der Leuerung beschäftigt und zwischen dem Reichsministerium und den Führern der Sozialdemokratischen Parteien haben wegen der Unruhen Verhandlungen stattgefunden.

Leider ist die Regierung nicht einmütig und sie kann nicht mit einer Handbewegung der fortschreitenden Leuerung Einhalt gebieten. Vor einigen Tagen berietete der Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt im Reichstag, daß von den Buchergerichten schon eine sehr große Anzahl von Personen bestraft worden ist, aber niemand wird glauben, daß man jetzt das Steigen der Preise verhindern kann, indem man ein paar tausend Bucherer hängt. Mit der nahezu restlosen Aufhebung der Zwangsökonomie ist den Regierungen die Möglichkeit, auf die Preise einzuwirken, fast völlig genommen worden. Sie können nicht verhindern, daß dem Luten unlösliches Geldwertes im Auslandes recht schnell ein Steigen aller Warenpreise im Inland folgt. Es bleibt unter diesen Umständen nichts weiter übrig, als daß die Löhne und Gehälter erhöht werden. Die Möglichkeit dazu ist zweifellos gegeben. Unsere Produktionskosten stehen jetzt weit unter dem Weltmarktpreis, und auch wenn wir wesentlich höhere Löhne und Gehälter zahlen, werden wir im Augenblick dadurch nicht konkurrenzunfähig. Es kann auch der Arbeitern und den Angehörigen jetzt nicht zugemutet werden, daß sie unter allen Umständen warten, bis die Mündigungsfrist der Tarife abgelaufen sind. Steigen die Preise so, wie das jetzt der Fall ist, so muß von den Unternehmern erwartet werden, daß sie bereit sind, über die in den Tarifen festgelegten Sätze hinauszugehen, ohne daß sie sich an die vorgezeichneten Grenzen halten. Und wenn ein Steigen des Lohnniveaus dazu führt, daß die Ausländer die deutschen Waren nicht mehr so billig bekommen, wie das jetzt leider der Fall ist, wäre das vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nur zu begrüßen. Dringend notwendig ist es freilich, daß es bei den Lohnbewegungen, die uns jetzt bevorstehen, eine Störung des Wirtschaftslebens abgeht. Es ist dem deutschen Arbeiter mit Recht immer wieder zugewiesen worden, daß nur die Arbeit uns retten kann, und es darf nicht sein, daß Tausende von fleißigen Händen ruhen müssen, nur deswegen, weil eine Anzahl bodenloser Unternehmer die durch die Leuerung notwendig gewordenen Forderungen nicht bewilligen will.

Es müßte verhandelt werden, durch Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberorganisationen der Angestellten- und Arbeiterverbände mit den Unternehmerverbänden recht bald ein Abkommen zustande zu bringen, das die schnelle Durchführung von Lohn- und Gehaltsveränderungen liberal in Deutschland sichert. Sollte dieser Weg nicht zum Ziele führen, müßte scharf geprüft werden, ob nicht durch ein Preisgesetz, das Aufschläge zu den Löhnen und Gehältern verbietet, den so schwer leidenden Massen geholfen werden kann.

Dabei müssen wir uns freilich darüber klar sein, daß wir uns auf einen auch für die Arbeiterschaft sehr gefährlichen Weg begeben, wenn heute die Löhne und Gehälter dem gegenwärtigen Preisniveau angepaßt werden. Bei der Lage Deutschlands ist ein Steigen der deutschen Mark nicht allzu wahrscheinlich, aber es ist doch immerhin möglich, daß sich der Wert der Mark über kurz oder lang wieder einmal hebt, und dann würden wir von einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe bedroht sein, wenn sich unter inländischen Preis- und Lohnniveau dem heutigen Stand der Mark im Auslandes angeglichen hat, weil unsere Industrie dann möglicherweise auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig wäre.

Gerade in diesen Tagen bietet uns Polen ein Beispiel dafür, wie verhängnisvoll für ein Land mit entwertetem Geld die Leuerung seiner Wäute werden kann. Das Steigen der polnischen Mark, das infolge der Entscheidung über Oberschleffen eingetreten ist, hat in Polen zu Arbeiterunruhen, Betriebsstörungen und Still-

Die belgischen Wahlen

Eigene Drahtmeldung
Brüssel, 22. November. Abschließende Ergebnisse der Wahlen am 20. und 21. November. Die Wahlen sind am Sonntag in Belgien stattgefunden haben, liegen noch nicht vor. Die Lage für die belgischen Wähler, wobei kann man schon sagen, auf die Arbeiterpartei einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. In einem Mandatgewinn war unter den verschiedenen Verhältnissen nicht zu denken, denn die Sozialisten kämpfen allein gegen einen Bund von Liberalen und Katholiken. In Teilresultaten liegen im Augenblick folgende Zahlen vor: Sozialisten etwa die Hälfte der Wählergebnisse: Sozialisten 48.000, Liberale 38.000, Katholiken 40.000.

Nach dem Vorwärtigen gewinnen die Liberalen einen Sitz, die Katholiken drei und die Sozialisten dürften ebenfalls einen Sitz behalten oder einen, vielleicht auch zwei Sitze einbüßen. Verloren hat ferner die Altschlechte Frontpartei.

Die Stimme des Volkes

Paris, 21. November. Die Kommunisten haben bei der jüngsten Wahl im Pariser Stadtviertel Saxe ein beachtenswertes Ergebnis errungen: Der wegen Meuterei im Schwarzen Meer zu 15 Jahren Haft verurteilte Medizinstudentenführer Padina wurde mit 857 Stimmen gegen den sozialistischen Kandidaten, auf den 831 Stimmen entfielen, gewählt.

Der Ausgang dieser Wahl ist nicht eigentlich ein Sieg der Kommunisten, denn wenngleich diese Padina als Kandidat

daten aufgestellt haben, gehört er so wenig zu ihnen, wie die Mehrzahl derer, die ihm ihre Stimme gegeben haben. Jedoch ist das Ergebnis der Wahl ein bemerkenswertes als ein deutliches Zeichen dafür, wie auch im französischen Volke, von dessen wahrer Stimmung durch die vom Kapital geführte Pariser Presse nur wenig ins Ausland dringt, der Widerstand gegen die Herrschaft der Militaristen erwacht. Das Wüten der Kriegsgesichte und überhaupt die Politik des sogenannten nationalen Blods haben einen Umschwung herbeigeführt, der in der Wahl Padinas seinen deutlichen Ausdruck findet; denn bis vordem galt das Pariser Stadtviertel Saxe als festes Bollwerk der bürgerlichen Antiradikalen.

Es wäre zu wünschen, daß die deutsche bürgerliche Presse derartige Symptome nicht verschweige, sondern sie mit recht ausführlichen Kommentaren ihren Lesern bekannt mache. Gerade in jenen Kreisen gelten die Franzosen schlechthin noch immer als unsere Feinde. Es kann aber nicht laut genug betont werden, daß das Volk auch jenseits des Rheines sich nach Frieden, Abklärung und Versöhnung sehnt. Deutschland Gegner sind die französischen Kapitalisten und Militaristen, aber diese Gegnerschaft wird nicht so sehr durch ihre Lüste, aber diese Gegnerschaft wird nicht so sehr durch ihre Lüste, aber diese Gegnerschaft wird nicht so sehr durch ihre Lüste bedingt, deren oberster Grundgedanke die Ausbeutung des Schwächeren ist.